

Die großen Verlierer der Sanktionen gegen die Russische Föderation

Schaden wir uns selbst?

EU, 11.11.2014, 08:17 Uhr

GDN - Als die EU von den Amerikanern gezwungen wurde, wegen der Ukraine-Krise gegen Russland Sanktionen zu verhängen, sagten diese bereits, dass die EU auch einen wirtschaftlichen Schaden in Kauf nehmen müsse. Jetzt werden die Auswirkungen deutlich und heizen die generell schlechte Lage weiter an.

Es ist ein Spiel mit dem Feuer, dass der Westen mit Russland spielt, denn die Angelegenheit verhärtet sich immer mehr. Der Innsbrucker Politologe Gerhard Mangott drückte es so aus: "Wenn Russland nichts mehr zu verlieren hat, droht Krieg", äußerte er bereits im Sommer dieses Jahres. Doch seither hat sich die Lage immer mehr zugespitzt. Von Entspannung keine Spur, im Gegenteil die Angelegenheit verschärft sich immer mehr. Denn die Sanktionen haben der gesamten europäischen Wirtschaft erheblicher Schaden zugefügt. Doch auch Russland beginnt langsam aber sicher darunter zu leiden und sucht jetzt nach Alternativen.

Zum 25. Jahrestag des "Mauerfalls", sagte Michail Gorbatschow in Bezug auf die europäische Russlandpolitik folgendes: "Hier in Berlin, zum Jahrestag des Mauerfalls, muss ich feststellen, dass all dies auch negative Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland hat." Weiter sagte er. "Lasst uns daran erinnern, dass es ohne deutsch-russische Partnerschaft keine Sicherheit in Europa geben kann." Zudem warte er vor einem neuen Kalten Krieg: "Die Welt ist an der Schwelle zu neuem Kalten Krieg".

Doch diese Politik hat auch erhebliche Auswirkungen auf die Russische aber auch besonders auf die europäische Wirtschaft. Laut dem "EUObserver" werden die Sanktionen die Russische Föderation heuer und kommenden Jahr fast 100 Milliarden Euro kosten. Während Russland jetzt mit China intensivere Handelsbeziehungen anstrebt um die Verluste der Sanktionen auszugleichen haben Deutschland und die gesamte Europäische Union jedoch keine vernünftigen Alternativen.

"Gerade kleine und mittlere Unternehmen, die einen wesentlichen Teil ihres Geschäfts in Russland haben und nicht einfach auf andere Märkte ausweichen können, sehen sich in ihrer Existenz bedroht", sagte Eckhard Cordes. Leiter des "Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft", in einer deutschen Zeitung.

Mario Ohoven, Präsident des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft (BVMW), sagte zur aktuellen Lage: "Zugleich werden die Folgen der Sanktionen im deutschen Mittelstand zunehmend spürbar. So verzeichnet etwa der stark exportorientierte Maschinen- und Anlagenbau in Sachsen-Anhalt Einbußen von bis zu 50 Prozent."

Auch Österreich trifft es hart. Wifo-Experte Oliver Fritz sagte diesbezüglich sinngemäß: "Auch die österreichische Volkswirtschaft ist sehr stark von den Sanktionen gegen Russland betroffen. Die EU-Russland-Sanktionen sowie entsprechende Gegenmaßnahmen Moskaus könnten Österreich einen volkswirtschaftlichen Schaden von 775 Mio. Euro bescheren, was der Gefährdung von 11.000 Jobs entspreche."

Doch auch in Finnland werden die Auswirkungen immer deutlicher spürbar. So kündigte der Milchprodukte-Konzern Valio kündigte an, dass er wegen der zu erwartenden Absatzeinbußen bis zu 800 Mitarbeiter freistellen müsse, oder deren befristete Verträge nicht verlängern werde. Auch in Russland müssen sich 500 Valio-Mitarbeiter auf Entlassungen vorbereiten.

Am Russland-Unternehmertag in Mecklenburg-Vorpommern, warnte der deutsche Ex-Kanzler Gerhard Schröder die die USA aber auch die EU vor neuen Russland-Sanktionen bezüglich der Ukraine-Krise. "Die gegenseitigen Sanktionen schaden beiden Seiten immens. Deswegen mahne ich an, dass sowohl die russische als auch die europäische Politik aus der Spirale von immer schärferen Wirtschaftssanktionen herausfinden müssen."

Doch man kann nicht alle zu Sanktionen zwingen. So lassen sich die Inhaber des internationalen Zahlungssystems Swift trotz erheblichen Drucks von Seitens Westlicher Staaten nicht dazu nötigen, Sanktionen gegen Russland zu verhängen.

Der SWIFT-Direktor Matthieu de Heering, der für Russland, die GUS-Länder und die Mongolei zuständig ist, sagte diesen November

auf einem Forum: "Es ist sehr bedauerlich, dass wir in Bezug auf Russland und Israel unter Druck gesetzt werden." Dennoch müssen wir unsere Arbeit tun. Etwaige Sanktionen würde die Bedeutung von Swift als allgemein zugängliches Systeminstrument lädieren."

Einer Analyse zufolge welche die US-Ratingagentur Standard & PoorTMs veröffentlichte, verfügen mehr als 80 Prozent der russischen Unternehmen über ausreichend Liquidität. Schließt man nun Russland von diesem internationalen Zahlungssystem Swift aus, würde dies "die Bestrebungen anderer Schwellenländer beschleunigen, eine Alternative zu Swift zu entwickeln. Vor diesem Hintergrund ist auch die Ausweitung des chinesischen Kreditkartensystems UnionPay auf den russischen Markt zu sehen.", sagte Mario Ohoven, Präsident des Bundesverbandes mittelständische Wirtschaft (BVMW).

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-44401/die-grossen-verlierer-der-sanktionen-gegen-die-russische-foederation.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: Roland Kreisel

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich. Roland Kreisel

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619